

Dieter Ruppert

0175 2664522

06893 4859

Stellungnahme im Rahmen der Haushaltsverabschiedung am 04.10.2023

Liebe Frau Bürgermeisterin, liebe Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen hier in der Runde, verehrte Besucherinnen und Besucher

Unser ganz besonderer Dank gilt natürlich zunächst der Leiterin der Kämmerei und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit hohem Zeit- und Abstimmungsaufwand das akribisch zusammengetragene Zahlenwerk dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt haben.

Wir werden in der Folge unter den TOP 8 bis 11 Beschlüsse fassen zu dem Forsthaushalt / Forstwirtschaftsplan 23/24, zum Stellenplan 23/24, zum Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 23 und 24 mit der mittelfristigen Finanzplanung 25-27 und last but not least zur Haushaltssatzung mit dem Doppelhaushalt 23/24.

Zum Forsthaushalt ist anzumerken, dass er hoch defizitär ist und auch nicht zu erkennen ist, wie man dieser Entwicklung, die sich in den nächsten Jahren so fortsetzen wird, gegensteuert. Zielführende Bestrebungen seitens der Verwaltungsspitze hier gegenzusteuern sind nicht erkennbar. Vielleicht sollte man, auch wenn dadurch das Problem

nicht wirklich gelöst werden kann, darüber nachdenken, die Preise für den Holzverkauf über die kommenden Jahre sukzessive anzuheben. Ich sag's mal so: Der gute Wille zählt. Auch die Zusammenarbeit mit Blieskastel hat hier unter dem Strich nicht viel gebracht. Das Zahlenmaterial wird schlüssig zusammengetragen und standardisiert erläutert. Man kann sagen: unser Wald wird in Blieskastel verwaltet. In optischer Hinsicht bieten große Teile unserer Gemeindewaldflächen ein erschreckendes Bild und das schon seit vielen Jahren.

Dem Forsthaushalt werden wir deshalb nicht zustimmen.

Und nun zum Stellenplan: Der vorliegende Stellenplan lässt nicht wirklich erkennen, dass man seitens der Verwaltungsspitze versucht, ein zielführendes, den zu lösenden Aufgaben gerecht werdendes Personalmanagement in der Verwaltung zu installieren. Nachhaltige Erfolge sind mit der bisherigen Praxis nicht zu erkennen. Salopp formuliert, wird einfach so vor sich hin gewurschtelt. Diese Methode trägt im Allgemeinen auch nicht dazu bei, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung in die Zukunft mitzunehmen und zu motivieren. Auch mit dem „Einkauf externer Expertise“ könnte so mancher Engpass in der Verwaltung verbessert werden. Das würde ebenfalls zur Motivation einiger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beitragen, stattdessen dürften sie sich oft eher „verheizt“ fühlen und fallen schneller erkrankungsbedingt aus. Das ist ein Teufelskreis, dem nichts entgegengesetzt wird. Im Ergebnis steigt die Personalfluktuation. Ein Gradmesser hierfür sind die unzähligen Stellenausschreibungen in der letzten Zeit. Darüber sollte man in der Verwaltung mal intensiv nachdenken.

Einem solchen Stellenplan werden wir deshalb nicht zustimmen.

Das Investitionsprogramm und die mittelfristige Finanzplanung: Seit Jahren fordern wir im Rahmen der Haushaltsberatungen den Fokus im Bereich der Investitionen mehr in Richtung nachhaltige Maßnahmen zu verschieben. Im Ersten Entwurf nach der Mittelanmeldung der Fachbereiche waren auch solche Maßnahmen verstärkt enthalten, nur um dann festzustellen, dass es zurzeit für diese Maßnahmen keine guten Förderprogramme gibt und all diese Maßnahmen direkt gestrichen wurden. Das mindeste, was wir hier erwarten, ist die Festschreibung dieser Maßnahmen in der mittelfristigen Finanzplanung. Das würde zumindest zeigen, dass an der Realisierung solcher Maßnahmen weiterhin festgehalten wird. Unter dem Strich, das sei an dieser Stelle noch angemerkt, tragen solche Maßnahmen mittel- und langfristig zur Reduzierung der laufenden Ausgaben bei. An dieser Stelle könnte und sollte mehr geschehen. Mehr wärmedämmende Maßnahmen und ein beschleunigter Ausbau von Photovoltaikanlagen auf den Dächern kommunaler Gebäude ist notwendig. Auch mit der Umstellung der Straßenbeleuchtung an gemeindlichen Straßen auf LED-Beleuchtung hinkt die Gemeinde Mandelbachtal weit hinterher, wenn man Vergleiche mit umliegenden Gemeinden anstellt.

Wir werden den Investitionsplan nicht ablehnen. Es stehen ja auch wichtige Investitionen an, die wir ausdrücklich unterstützen (PV-Anlage DGH Bebelsheim, Mehrgenerationen-Fitnesspark Ormesheim, neue Kulturhalle in Ormesheim, Sanierungsmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden, ...). Alles wichtige und sinnvolle Maßnahmen. Wir werden uns an dieser Stelle enthalten.

Und nun komme ich zur Haushaltsatzung und zum Doppelhaushalt 23/24.

Einige uns wichtige Punkte habe ich bereits zuvor angesprochen. Die Teile korrespondieren miteinander. Deshalb werde ich hier einen

Kernpunkt unserer Kritik an diesem Haushalt bzw. der in diesem Zusammenhang stehenden fatalen Fehlentscheidung des Gemeinderates in den zurückliegenden Jahren ansprechen.

Vorweg ein paar kurzgefasste Anmerkungen zum Verschuldungsgrad der Gemeinde, um die Dringlichkeit der Einnahmenerhöhung zu verdeutlichen. Dem Haushaltsvorbericht ist zu entnehmen, dass der Verschuldungsgrad von 960 % in 2018 auf 246 % in 2021 abgesenkt werden konnte. Das hört sich zunächst gut an, wenn es denn so weiterlaufen würde. Die Absenkung ist im Wesentlichen der Übernahme von Kassenkrediten durch das Land im Rahmen des Saarlandpaktes zu verdanken. Der Saarlandpakt endet allerdings am 31.12.2023. Wir müssen also davon ausgehen, dass aufgrund der vorgesehenen Investitionen in den kommenden Jahren der Verschuldungsgrad wieder exorbitant ansteigen wird. Und das ist natürlich keine gute Aussicht auf die Zukunft der Gemeindefinanzen. Eine positive Gesamtentwicklung der Gemeinde wird künftig, sollte nicht noch ein Wunder geschehen, kaum möglich sein. Das wird dann auf dem Rücken der in unserer Gemeinde lebenden Menschen ausgetragen.

In den zurückliegenden Monaten hat die Verwaltung im Rahmen eines Sparkonzeptes vorgeschlagen, die Grundsteuer B drastisch zu erhöhen. Sie zu verdoppeln wäre jetzt übertrieben, aber weit davon entfernt war der Vorschlag nicht. Außerdem sollten die Hallenbenutzungsgebühren so angehoben werden, dass sich selbst große Vereine je nach Nutzungsgrad eine tatsächliche Nutzung nicht mehr hätten leisten können. Diese Vorschläge wurden selbstredend vom Gemeinderat einstimmig zurückgewiesen. Man konnte diese Vorschläge auch nicht wirklich ernstnehmen. Dennoch spiegelt es schon einen gewissen Grad an Verzweiflung und Ohnmacht wieder.

Während es in Rheinland-Pfalz Kommunen gibt, die die Grundsteuer B absenken, halbieren oder gar auf null stellen, um die Bürgerinnen und Bürger in ihren Gemeinden an den steigenden Einnahmen durch Windparks teilhaben zu lassen, gibt es hier im Gemeinderat schon seit Jahren eine Mehrheit, die einen möglichen Windpark in unserer Gemeinde verhindert. Mal losgelöst von einem wertvollen ökologischen Beitrag weg von fossilen Brennstoffen hin zu mehr erneuerbaren Energien und damit CO2 neutral Strom zu erzeugen, würde die Gemeinde nach Inbetriebnahme des Windparks Einnahmen generieren, die allen Bürgerinnen und Bürgern in unserer Gemeinde auf unterschiedlichste Weise zugutekommen würden.

Also liebe Kollegin und liebe Kollegen der Neinsager-Fraktion, kommt aus eurer ideologisch geprägten Ecke heraus und lasst uns gemeinsam im nächsten Jahr das Projekt Windpark angehen. Vielleicht bekommen wir es sogar hin, den Windpark als Gemeinde selbst zu betreiben. Das wäre dann vergleichbar mit einem prall gefüllten Jackpot im Lotto. Ab diesem Zeitpunkt werden wir einem Haushaltsplan auch wieder zustimmen können.

Danke für die Aufmerksamkeit.